

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Montag, den 7. April 1924.

Aus dem Rathause. Morgen Dienstag hält der Stadtsenat um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. Am Freitag findet um 4 Uhr nachmittags eine Sitzung des Gemeinderates als Landtag statt, in der der Voranschlag des Wiener Fortbildungsschulfonds für das Kalenderjahr 1924 beraten wird. Anschließend tritt der Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen, in der die zurückgestellten Geschäftsstücke der letzten Sitzung beraten werden.

Gegen den Zementzoll. Heute Vormittag sprach bei Bürgermeister Seitz unter Führung des Gemeinderates Schleifer eine Abordnung des Komitees zur Bekämpfung der Hochschutzzölle vor, die den Bürgermeister ersuchte, daß er den Kampf des Komitees gegen den Regierungsentwurf über die Zollerhöhung auf Baumaterialien, vor allem auf Zement unterstützen möge. Gemeinderat Schleifer verwies darauf, daß sich Vertreter der Hausbesitzer und der Mieter, der Siedler, des Baugewerbes und des Handels, Unternehmer und Arbeiter, also Schichten, die sich gewöhnlich nicht immer freundlich gegenüberstehen, zum Zweck der Abwehr der Zollerhöhung auf Baumaterialien vereinigt haben. Besonders der Zementzoll würde eine gewaltige Verteuerung der Wohnbauten herbeiführen, es würden aber auch die Mieter durch die durch den Zoll eintretende Verteuerung der Baumaterialien höhere Instandhaltungszinse zu zahlen haben. Darunter würden das Baugewerbe, der Handel und die Arbeiterschaft leiden. In anderen Staaten sind die Regierungen bestrebt, das Baugewerbe durch Begünstigungen oft sehr weitgehender Art zu fördern, während bei uns die Regierung durch erhöhte Zölle eine intensivere Bautätigkeit verhindert. Kammerrat Eber erklärte namens der Baumaterialienhändler, daß durch die geplante Zollerhöhung das Baugewerbe, das mehr als zehn Jahre schwer gelitten hat, stark geschädigt werden wird. Durch den Zoll würden die Baukosten um ungefähr zwölf Prozent erhöht werden, so daß die in der letzten Zeit zu beobachtende Belebung der Bautätigkeit wieder verhindert wird. GR. Müller machte auf die Schädigung der 24.000 Bauarbeiter, die durch den erhöhten Zoll auf Baumaterialien eintreten würde, aufmerksam. Namens der Mietervereinigung erklärte Sekretär Kolbe, daß die Instandhaltungskosten der Wohnhäuser durch den Zoll auf Baumaterialien stark steigen werden, wodurch besonders die Arbeiter und Angestellten schwer belastet werden würden. Für die Schutzaktion für den konservativen Hausbesitz erklärte Primarius Dr. Oskar Hovorka, daß dadurch auch die Interessen der bedürftigen Hausbesitzer sehr empfindlich berührt werden. Da auch die Hausbesitzer, genau so wie die Mieter, alle Hausausgaben mitbezahlen müssen, erklärt sich der konservative Hausbesitz in diesem Falle mit der Mieterschaft solidarisch. Handelskammerrat Fabst teilte mit, daß auch die Kaufmannschaft ein großes Interesse an der Aufhebung der Schutzzölle habe. Daher könne ernamens des Hauptverbandes der österreichischen Kaufmannschaft erklären, daß auch diese Körperschaft sich den Forderungen des Komitees der Hochschutzzölle anschliesse. Ähnliche Erklärungen gaben auch im Auftrag der Siedlerorganisationen Obmann Lutz, namens der im Baumaterialienhandel beschäftigten Angestellten Hiller und Oberbaurat Engelmann ab. Bürgermeister Seitz antwortete, er sei ja durch die Wohnbauten der Gemeinde selbst einer der grössten Bauunternehmer und daher an diesen Fragen interessiert. Aber abgesehen von diesem egoistischen Standpunkt müsse er sich vor allem aus allgemein volkswirtschaftlichen Gründen gegen die geplante Zollerhöhung auf Baumaterialien wenden. Eine Erhöhung des Zementzolles wäre für die gesamte österreichische Volkswirtschaft unerträglich, und zwar nicht nur allein für die Städte, sondern besonders auch für die Landwirte; auch vom Standpunkt des Schutzzöllers wäre sie unsinnig. Die Gemeinde Wien kann nicht einmal die für ihre Bauten erforderlichen geringen Zementmengen im Inland aufbringen. Immer wieder sind Bezüge aus dem Auslande notwendig. Sowohl vom Standpunkte der Industrie, des Gewerbes und des Handels, als auch vom Standpunkte der Landwirtschaft werde er entschiedenst gegen diesen Zoll auftreten. An der Entwicklung des Baugewerbes sind tausend andere Gewerbe und Industrien interessiert, sie ist gradezu der Gradmesser für die Entwicklung der Wirtschaft überhaupt. Die Gemeinde Wien werde nicht zulassen, daß durch eine unsinnige Zollpolitik ein so wichtiges Gewerbe geschädigt werde und die Abordnung möge versichert sein, daß er sich mit allen Kräften bemühen werde, eine Erhöhung der Zölle auf Baumaterialien nach Möglichkeit zu verhindern.
